



Esslingen, den 09.06.2020

SPD-Kreisvorsitzender Beck fordert Rücktritt von Thaddäus Kunzmann als Landesdemografiebeauftragter

Der SPD-Kreischef Michael Beck nimmt Stellung zur Äußerung des CDU-Kreisvorsitzenden und Demografiebeauftragten des Landes Baden-Württemberg Thaddäus Kunzmann auf Facebook zu den Demonstrationen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit:

„Den Aussagen von Herrn Kunzmann muss klar und deutlich widersprochen werden. Herr Kunzmann relativiert mit seinem Facebook-Eintrag und dem Hinweis auf die Vorstrafen von George Floyd die Polizeigewalt, die zu seinem Tod geführt hat. Nicht der Täter, sondern das Opfer ist demnach schuld. Das ist ein bekanntes Argumentationsmuster um strukturellen Rassismus zu verharmlosen und zu verschleiern. Das geht gar nicht“, stellt der Vorsitzende der SPD im Landkreis Michael Beck klar.

Weiter hat Herr Kunzmann gepostet, es gehe ihm zu weit, wenn nun auch gegen Polizeigewalt in Deutschland demonstriert wird.

„Ich wehre mich dagegen, dass Herr Kunzmann mit der Fokussierung auf die Polizeigewalt versucht, die politische Debatte zu verschieben, um so den Protesten gegen Rassismus in unserem Land die Berechtigung abzusprechen“, kritisiert Michael Beck.

Laut Beck kommt Polizeigewalt zum Glück bei uns nicht so häufig vor wie in den USA. Er weist aber auch darauf hin, dass Rassismus auch in unserer Gesellschaft strukturell verankert ist und auch vor der Polizei und staatlichen Behörden nicht haltmacht.

„Das zeigt sich in zahlreichen Fällen, beispielsweise auch rund um den Skandal des Nationalsozialistischen Untergrund NSU oder bei Rechtsextremismus in der Bundeswehr“, so Michael Beck. Und weiter: „Das Problem einfach pauschal zu bestreiten, ist gerade Teil der Problematik. Selbstverständlich steht der Großteil der Polizistinnen und Polizisten solchen Geisteshaltungen und Tendenzen ablehnend gegenüber. Zu leugnen, dass es Polizeigewalt gibt, verhindert eine differenzierte und

SPD Kreisverband Esslingen

Pressemitteilung 01/2020



Esslingen, den 09.06.2020

kritische Auseinandersetzung, die es braucht, um den ganz überwiegenden demokratischen Kräften in der Polizei den Rücken stärken zu können."

„Herr Kunzmann hat seinen ursprünglichen Facebook-Post nun gelöscht, sein zweiter macht es aber leider nicht besser. Nach dem Motto es kann nicht sein, was nicht sein darf sieht Herr Kunzmann im Vorschlag von Saskia Esken für eine neutrale Beschwerdestelle bei Rassismus in den Reihen der Sicherheitskräfte eine pauschale Verunglimpfung der Polizei, dass entlarvt seine Haltung."

„Wer solche Argumentationsmuster verwendet, kann nicht mehr offizieller Vertreter der Landesregierung sein. Ich schließe mich der Forderung des SPD-Generalsekretärs Sascha Binder an und fordere Kunzmann daher auf, vom Amt des Demografiebeauftragten der Landesregierung zurückzutreten", so SPD-Kreisvorsitzender Michael Beck.

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Michael Beck

Vorsitzender Kreisverband (T 0177 8162 699 - E-Mail kontakt@michael-beck.org)